



# Der Solidaritätskreis „Menschenwürdige Pflege“ informiert:



WAS BRINGT UNS DAS JAHR 2006?

Auf der Betriebsversammlung im Forum für Senioren am 6. Dezember 2005 wurden die ersten Schritte der Umsetzung der McKinsey-„Beratung“ dargestellt: Umwandlung der Rechtsform des FfS in eine Tochtergesellschaft von Vivantes.

Herr Lehmann vom Personalmanagement, befragt nach den Konsequenzen der Umwandlung für das Personal, blieb eine Antwort schuldig. Er teilte lediglich mit, dass frühestens im April 2006 die Umsetzung der (vor)-eilig durchgeführten Rechtsformänderung möglich werde. Damit blieb offen, ob die Beschäftigten den Schutz des „Tarifvertrags zur Beschäftigungssicherung“ haben oder ob ein Betriebsübergang nach § 613a BGB vorliegt, das unserer Meinung nach die Möglichkeit eröffnet, Tarifabsenkungen einzuführen.

Von der Chefin des FfS, Frau Özkaraman, wurde mitgeteilt, dass die Mitarbeiterinnen von SVL (Speiseversorgung und –logistik, 100%ige Vivantes-Tochter) aus dem Forum abgezogen wurden. Die Arbeiten sollen jetzt die verbleibenden Beschäftigten mit übernehmen, obwohl die Beschäftigten aufgrund von 60 nicht besetzten Stellen bereits „am Anschlag“ arbeiten.

„Es werden helfende Hände da sein!“ äußerte sich Frau Özkaraman geheimnisvoll zur Verwunderung aller Anwesenden. Sollten jetzt etwa die 60 unbesetzten Stellen im FfS besetzt werden, was der Betriebsrat schon lange fordert?

Kurz vor Weihnachten stellte sich dann heraus, dass mit „helfenden Händen“ wohl 18 Ein-Euro-Kräfte gemeint waren, die ohne Mitbestimmung in einem der Häuser eingesetzt wurden. Der Betriebsrat stoppte bei Bekanntwerden diesen Missbrauch.

Wir vom Soikreis unterstützen diese Entscheidung und fordern darüber hinaus die sofortige Wiedereinstellung der 18 Kolleginnen zu tarifgerechten Bedingungen und die komplette Besetzung der 60 Stellen. Für uns gilt:

## **Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit**

Auf der Versammlung hörte man eine weitere seltsame Äußerung von Frau Özkaraman. Sie warnte die Kolleginnen davor, bei Arbeitsüberlastung diese der Leitung und dem Betriebsrat zur Anzeige zu bringen, wie es Gesetze und Verordnungen vorschreiben. Wir halten dies für eine Aufforderung zum Rechtsbruch, die wir entschieden zurückweisen.

Wir fordern alle Kolleginnen und Kollegen auf, ihre demokratischen Rechte und Pflichten ernst zu nehmen.

Lasst Euch nicht einschüchtern und teilt einzeln oder gemeinsam Eure Überlastung mit. Fordert aktiv die Besetzung der offenen 60 Stellen. Nutzt Eure Teamsitzungen, diskutiert Eure Lage und stellt gemeinsame Forderungen zur Verbesserung Eurer Arbeits- und Pflegebedingungen. Lasst Euch den Mund nicht verbieten.

**Nehmt Euch ein Beispiel an der ehemaligen „unbequemen“ Kollegin Brigitte Heinisch, der das Arbeitsgericht bestätigte, dass das Recht auf Meinungsfreiheit höher zu bewerten ist als die Interessen des Betriebes es sind.**

Das Gericht bewertete besonders das Bemühen der Kollegin, mit den Überlastungsanzeigen intern den ihr zuständigen und möglichen Weg gegangen zu sein, um Arbeits- und Pflegebedingungen zu verbessern. Dass die Vorgesetzten nicht reagierten, könne nicht der Kollegin angelastet werden. So sei es ihr gutes Recht, die Öffentlichkeit über die Missstände zu informieren. Es darf nicht sein, dass Kolleginnen, die sich kritisch äußern, eingeschüchtert, gemobbt und gekündigt werden. Kolleginnen aus verschiedenen Heimen des FfS berichteten im Solikreis von verschiedenen Vorfällen.

**Es ist deshalb wichtig, sich in gewerkschaftlichen Betriebsgruppen zu organisieren und für die freie gewerkschaftliche und politische Betätigung im Betrieb einzutreten.**

Bei den anstehenden Betriebsratswahlen ist es deshalb wichtig, kämpferische und unbestechliche Betriebsräte zu wählen, die sich ausschließlich für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen einsetzen und sich nicht der Gewinnmaximierung der Geschäftsführung unterordnen. Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen und nicht der Profit. Es ist eine Lüge, dass kein Geld da sei. Der Anteil für den gesamten Gesundheitsbereich am Bruttoinlandsprodukt ist seit Jahrzehnten kaum gestiegen und liegt bei 8%. Dass Konzerne im Gesundheitsbereich Riesenprofite machen, ist den meisten Menschen bekannt. Durch die zusätzliche Privatisierung und Zerschlagung der sozialen Systeme werden neue Kapitalanlagemöglichkeiten eröffnet und von der Regierung unterstützt.

Wir bezahlen das mit immer mehr Arbeitszeitverlängerung und Arbeitshetze, höheren Abgaben, weniger Lohn, Arbeitslosigkeit, niedrigeren Renten und unsicherer Lebensperspektive. Das trifft ganz besonders unsere Kinder. Darum geht es auch in dem Prozess Brigitte gegen Vivantes. Eine „kleine“ Altenpflegerin gegen einen großen Konzern.

Am 14. 02. 2006 wird das Gericht feststellen müssen, ob das vorausgegangene Urteil Bestand hat und die Meinungsfreiheit über den Interessen des Betriebes steht. Die politisch motivierte dreifache Kündigung muss zurückgenommen werden.

Der Solikreis ruft alle Kolleginnen und Kollegen auf möglichst zahlreich zum Prozess zu erscheinen und Brigitte zu unterstützen.

**Prozesstermin: Dienstag, 14. 02. 2006 um 11.00 Uhr, Magdeburgerplatz 1  
U-Bahn : Kurfürstenstraße (Raumnummer bitte erfragen)**

Wir müssen um unsere Arbeitsplätze und für eine menschenwürdige Pflege gemeinsam kämpfen. Dazu müssen wir uns organisieren: in der Gewerkschaft oder bei uns im Solikreis. Bei uns im Solikreis können alle Interessierten mitarbeiten, unabhängig von Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit. Wir treten für ein solidarisches Miteinander und eine menschenwürdige Pflege ein.

**Termin Solikreis: Donnerstag, 23. 02. 2006 um 18 Uhr im Verdihaus  
Köpenicker Straße 30 (Nähe Ostbahnhof)  
Raumnummer bitte der Anschlagtafel entnehmen**

Wir möchten Euch auf einen weiteren Termin aufmerksam machen:

**Für den 11. Februar rufen verdi und der DGB zu einer Großdemo in Berlin gegen die EU - Dienstleistungsrichtlinie auf.**

Nach dieser Richtlinie unterliegen grenzüberschreitende Unternehmen den Regeln ihres Herkunftslandes. Da Europa weit entfernt ist von gleichen sozialen Standards in seinen Mitgliedsstaaten, bedeutet dies für die Beschäftigten der Altenpflege in Deutschland eine Abwärtsspirale bei den Sozial- und Arbeitsbedingungen. Zeit und Ort werden noch bekannt gemacht.

*Brigitte Heinisch (links)  
mit Ilse Kather auf einer  
Soliveranstaltung*



Um unsere Arbeit zu finanzieren und auch um Brigitte zu unterstützen gibt es ein Spendenkonto: Spendenkonto: Solidarität International SI e.V., Frankfurter Volksbank; KontoNr. 6100 800 584; BLZ.: 501 900 00, Stichwort nicht vergessen: „Solidaritätskreis Brigitte“. Wir bitten alle: Spendet für die Prozesskosten und die Arbeit des Solikreises! Übrigens: Wir haben inzwischen eine Homepage im Aufbau. Wir hoffen, dass sie rege genutzt wird und freuen uns auf Eure Unterstützung und Kritiken: [www.menschenwuerdige-pflege.de](http://www.menschenwuerdige-pflege.de)  
Kontakt: Ilse Kather, ver.di-Vertrauensfrau im Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg, Fone 693 85 18, email: [info@menschenwuerdige-pflege.de](mailto:info@menschenwuerdige-pflege.de)